



# Europäisches Semester Frühjahrespaket

## Länderbericht der Europäischen Kommission für Österreich 2022 und Vorschlag für Länderspezifische Empfehlungen 2022/23

---

Im Rahmen des jährlichen Europäischen Semester Zyklus hat die Europäische Kommission am 23. Mai 2022 ihr **Frühjahrespaket** vorgelegt, das die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Auswirkungen der COVID-Pandemie und des Russland-Ukraine-Krieges unterstützen soll. Die Länderspezifischen Empfehlungen betreffen heuer auch die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen im Einklang mit den RePowerEU-Prioritäten. Die Schuldenvorgaben der EU sollen angesichts der Ukraine-Krise um ein weiteres Jahr ausgesetzt bleiben. Aufgrund der Coronakrise wurden den EU-Ländern vorübergehend höhere Schulden zur Stützung ihrer Wirtschaft erlaubt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll erst ab 2024 wieder vollständig gelten. Im Hinblick auf hohe Energiepreise und Teuerungseffekte brauchen Europas Unternehmen rasch spürbare, sinnvolle Entlastungsmaßnahmen.

Das sogenannte „Europäische Semester Frühjahrespaket 2022“ der Kommission umfasst daher diesmal u.a.:

- eine Schirmmitteilung zu den zentralen Aspekten des Frühjahrespakets;
- Länderberichte für alle Mitgliedstaaten;
- Empfehlungen für Länderspezifische Empfehlungen des Rates zu den Nationalen Reform- und Stabilitätsprogrammen der Mitgliedstaaten;
- Bericht gemäß 126 Abs 3 AEUV betreffend die Einhaltung der Defizit- und Schuldenstandskriterien des Vertrags (Österreich erfüllt mit prognostizierten

-3,1% für 2022 nicht das Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts von max.-3% Defizit des BIP, erfüllt aber trotz hoher Verschuldung aufgrund eines Rückgangs des Schuldenstands von 82.8 % in 2021 auf 80% des BIP das Schuldenkriterium); die Allgemeine Ausweichklausel des Stabilitätspakts soll nach Ansicht der Kommission auch noch 2023 angewandt werden. Österreich unterliegt heuer auch keinem Verfahren wegen Makroökonomischer Ungleichgewichte.

- Vorschlag für Beschäftigungspolitische Leitlinien 2022;
- SDG-Fortschrittsbericht 2022 von Eurostat zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele in der EU.

---

## Länderspezifische Empfehlungen für Österreich 2022/23

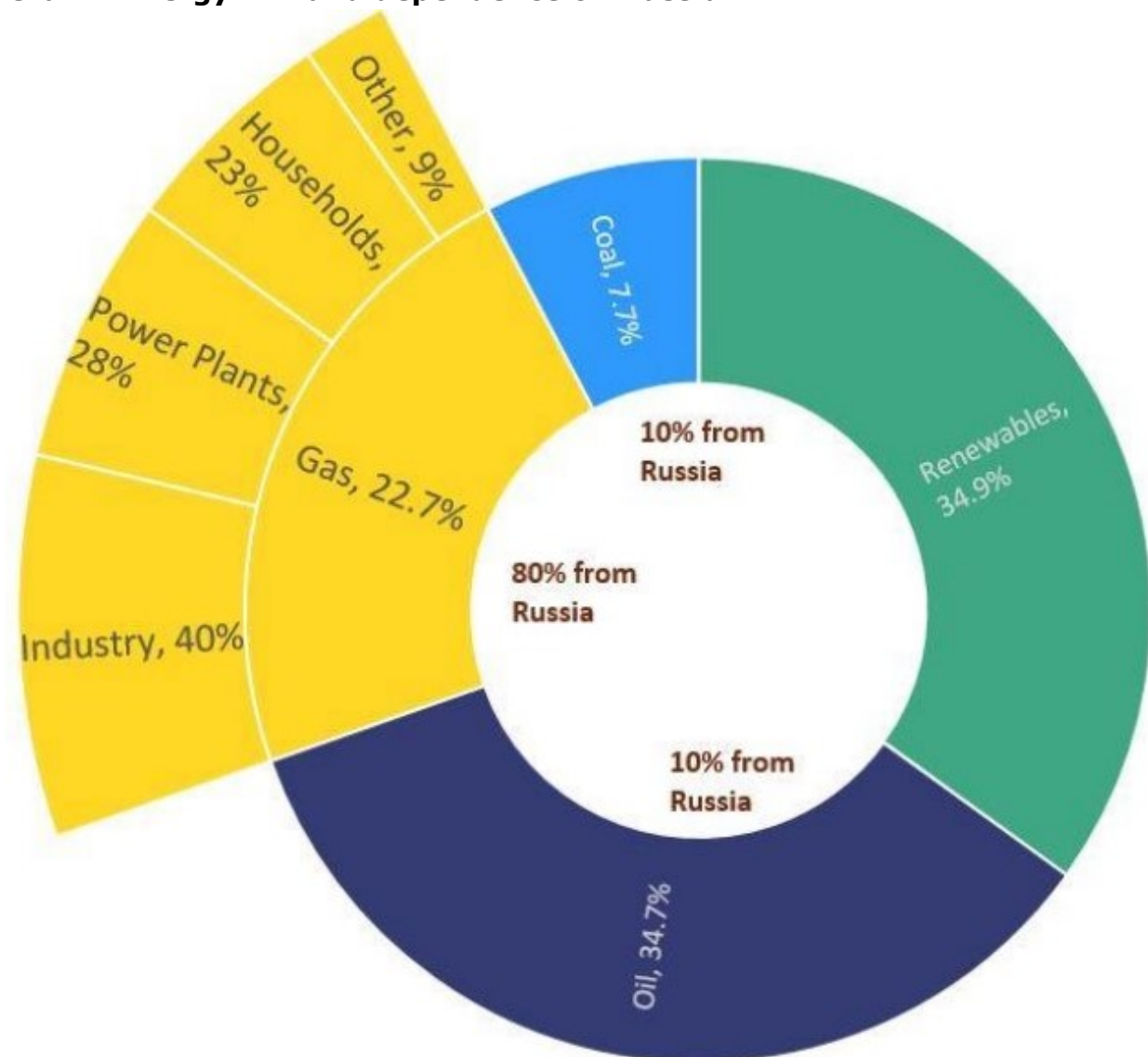
Die Länderspezifischen Empfehlungen sind heuer in engem Zusammenhang mit den Aufbau- und Resilienzplänen der Mitgliedstaaten zu sehen, und sollen diese um weitere Reformerfordernisse ergänzen.

In Ihrem Vorschlag für Länderspezifische Empfehlungen für Österreich schlägt die Kommission vor, der Rat möge Österreich empfehlen in den **Jahren 2022 und 2023** Maßnahmen zu ergreifen um:

1. Im Jahr 2023 sicherstellen, dass der Anstieg der staatlich finanzierten laufenden **Ausgaben im Einklang** steht mit einem insgesamt **neutralen politischen Kurs**, unter Berücksichtigung der fortgesetzten **befristeten und gezielten Unterstützung für Haushalte und Unternehmen**, die am stärksten von **Energiepreiserhöhungen** betroffen sind, und für Menschen, die aus der **Ukraine** fliehen. Bereitschaft die laufenden Ausgaben an die sich entwickelnde Situation anzupassen. **Ausweitung der öffentlichen Investitionen** für den **grünen und digitalen Wandel** und für **Energieversorgungssicherheit**, auch durch Nutzung der RRF, RePowerEU und anderer EU Fonds. Für die Zeit **nach 2023** eine Haushaltspolitik verfolgen, die darauf ausgerichtet ist, **mittelfristig vorsichtige Haushaltspositionen** zu erreichen. Gewährleistung der Angemessenheit und Nachhaltigkeit des **Langzeitpflegesystems**. Vereinfachung und Rationalisierung der **Steuerbeziehungen und Zuständigkeiten zwischen den Regierungsebenen** und **Angleichung der Finanzierungs- und Ausgabenverantwortung**. Verbesserung des **Steuermixes** zur Förderung eines integrativen und nachhaltigen **Wachstums**.
2. Fortsetzung der **Umsetzung des Aufbau- und Resilienzplans** im Einklang mit den im Durchführungsbeschluss des Rates vom 13. Juli 2021 vereinbarten Meilensteinen und Zielen. Zügiger Abschluss der Verhandlungen mit der Kommission über die **Programmplanungsdokumente für die Kohäsionspolitik 2021-2027** im Hinblick auf den Beginn ihrer Umsetzung.

3. Steigerung der **Erwerbsbeteiligung von Frauen**, unter anderem durch die Verbesserung einer qualitätsvollen **Kinderbetreuung**, und Verbesserung der **Arbeitsmarktergebnisse für benachteiligte Gruppen**.
4. **Verringerung der Gesamtabhängigkeit von fossilen Brennstoffen** und **Diversifizierung der Einfuhren fossiler Brennstoffe** durch **Beschleunigung** des Einsatzes **erneuerbarer Energien** und der erforderlichen **Infrastruktur**, insbesondere durch Vereinfachung der Planung und weitere Straffung der **Genehmigungsverfahren**, Verbesserung der **Energieeffizienz**, insbesondere in der Industrie und im Gebäudesektor, und **Diversifizierung der Energieversorgung** sowie Erhöhung der Flexibilität und der Rückflusskapazität von **Verbindungsleitungen**.

**Grafik: Energy mix and dependence on Russia**



Source: Austrian Federal Ministry for Climate Action, Environment, Energy, Mobility, Innovation and Technology (BMK) European Commission



## Ergebnisse

In ihrem **Länderbericht für Österreich** lobt die Kommission den **österreichischen Aufbau- und Resilienzplan** als eine weitreichende und ehrgeizige Antwort auf die strukturellen Herausforderungen und

hebt in ihrer **Analyse** folgende Maßnahmen positiv hervor:

- die Einführung eines Preispfades für CO<sub>2</sub>-Emissionen in Nicht-ETS-Sektoren und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen
- Investitionen in nachhaltige Mobilität, in erneuerbare Energie und in den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen
- Investitionen in Breitbandnetze, die die Hälfte der österreichischen Haushalte erreichen, in die Digitalisierung von Unternehmen sowie in die weitere Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung
- Investitionen in die digitale Ausstattung von Schülerinnen und Schülern, in eine hochwertige frühkindliche Betreuung und Maßnahmen zum Ausgleich von Lerndefiziten durch die Pandemie
- Investitionen in Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen und die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen

**Darüber hinaus identifiziert die Kommission folgende Reformerfordernisse:**

- Sicherstellung der fiskalischen Nachhaltigkeit und der Angemessenheit des **Gesundheits- und Langzeitpflegesystems**
- **Verringerung der Komplexität des österreichischen Steuerrahmens**, um die Effizienz der öffentlichen Ausgaben zu erhöhen
- **Verbesserung des Steuermixes** im Hinblick auf Effizienz und Fairness
- Abbau restriktiver Vorschriften für den **Einzelhandel** und die Ausübung bestimmter **freiberuflicher Dienstleistungen**
- Erhöhung der **Erwerbsbeteiligung von Frauen**, vor allem durch die Verbesserung der **Kinderbetreuung**, sowie von **Geringqualifizierten, älteren Arbeitnehmern und Migranten**
- Erleichterung der Anwerbung **hochqualifizierter Talente aus dem Ausland**, um unmittelbare Qualifikationsdefizite auf dem Arbeitsmarkt zu beheben
- Anhebung des Niveaus der **Grundkenntnisse für benachteiligte junge Menschen**, insbesondere für diejenigen mit Migrationshintergrund
- **Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten durch Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien**, insbesondere durch Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und Investitionen in die

erforderliche Netzinfrastruktur sowie in Speicherung und erneuerbares Gas

- **Beschleunigung des Ausstiegs aus der Verwendung fossiler Brennstoffe für die Gebäudeheizung und Steigerung von Energieeffizienzmaßnahmen in der Industrie und im Gebäudesektor** durch die Förderung von Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und Nachfragesteuerung
- **Verringerung der verkehrsbedingten Emissionen**, vor allem durch die Entwicklung von Mobilitätsalternativen zum Auto

Social Scoreboard for AUSTRIA						
Equal opportunities and access to the labour market	Early leavers from education and training (% of population aged 18-24) (2021)	8.0				
	Individuals' level of digital skills (% of population 16-74) (2021)	63.0				
	Youth NEET (% of total population aged 15-29) (2021)	9.4				
	Gender employment gap (percentage points) (2021)	8.6				
	Income quintile ratio (S80/S20) (2020)	4.11				
Dynamic labour markets and fair working conditions	Employment rate (% population aged 20-64) (2021)	75.6				
	Unemployment rate (% population aged 15-74) (2021)	6.2				
	Long term unemployment (% population aged 15-74) (2021)	2				
	GDHI per capita growth (2008=100) (2020)	97.11				
Social protection and inclusion	At risk of poverty or social exclusion (in %) (2020)	16.7				
	At risk of poverty or social exclusion for children (in %) (2020)	21.9				
	Impact of social transfers (other than pensions) on poverty reduction (% reduction of AROP) (2020)	41.1				
	Disability employment gap (ratio) (2020)	20.5				
	Housing cost overburden (% of population) (2020)	6.3				
	Children aged less than 3 years in formal childcare (% of under 3-years-olds) (2020)	21.1				
	Self-reported unmet need for medical care (% of population 16+) (2020)	0.1				
Critical situation	To watch	Weak but improving	Good but to monitor	On average	Better than average	Best performers

Hinsichtlich der Fortschritte bei der Erreichung der **UN-Nachhaltigkeitsziele**

**(SDGs)** attestiert die Kommission Österreich ein gutes Abschneiden, wobei Österreich aber bei den grünen Zielen mehr erreichen könnte. Was die ökologische Nachhaltigkeit betrifft, so hinkt Österreich bei SDG 13 (Klimaschutz) hinterher, vor allem angesichts seines eigenen ehrgeizigen Ziels, bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Vor allem die Emissionen im Verkehrssektor sind nach wie vor hoch. Österreichs Leistung bei der Produktivität könnte durch bessere Innovationsergebnisse verbessert werden. (siehe Annex 1)

In den insgesamt **19 Anhängen** zum Länderbericht finden sich **vertiefende Österreich-Analysen einzelner Themenbereiche:**

Annex 1: Sustainable Development Goals

Annex 2: Aufbau- und Resilienzplan Umsetzung

Annex 3: Andere EU-Instrumente für Recovery und Wachstum

Annex 4: Fortschritt bei der Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen 2019-2021, wobei Österreich nur bei 4% substanzieller Fortschritt attestiert wird.

Annex 5: Green Deal

Annex 6: Beschäftigung und soziale Auswirkung des grünen Übergangs

Annex 7: Ressourceneffizienz und Produktivität

Annex 8: Digital transition

Annex 9: Innovation

Annex 10: Industrie und Binnenmarkt

Annex 11: Öffentliche Verwaltung

Annex 12: Beschäftigung, Skills und sozialpolitische Herausforderungen gemäß der Europäischen Säule sozialer Rechte

Annex 13: Bildung und Skills

Annex 14: Gesundheit und Gesundheitssysteme

Annex 15: Wirtschaftliche und soziale Performance auf regionaler Ebene

Annex 16: Wichtigste Entwicklungen im Finanzsektor

Annex 17: Steuern

Annex 18: Wichtigste Wirtschafts- und Finanzindikatoren

Annex 19: Analyse der Schuldentragfähigkeit

---

## **Ersteinschätzung aus WKÖ-Sicht**

Sowohl der Länderbericht als auch die länderspezifischen Empfehlungen (LSPE) sind dieses Jahr aus unserer Sicht überwiegend positiv zu bewerten.

Erfreulich ist, dass die für die österreichische Wirtschaft zentralen Themen Energiepreise für Unternehmen und Energieversorgungssicherheit sowie die Notwendigkeit regulatorischer Erleichterungen für den Übergang zu erneuerbarer Energie in die Empfehlungen aufgenommen wurden (LSPE 1 und 4 sowie Erwägungsgründe 31-34).

Auch konnte das Thema Fachkräftemangel unter Zitierung einer WKO-Studie im IT-Bereich<sup>1</sup> verankert werden und damit verbunden die Notwendigkeit der Erleichterung der Attraktivierung qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte sowie des Abbaus bürokratischer Hürden für Unternehmen bei deren Einstellung. (in LSPE Erwägungsgrund 30)

Mit der Aufforderung zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, vor allem durch eine Verbesserung einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung wurde einer gemeinsam eingebrachten Sozialpartnerforderung Rechnung getragen. (LSPE 2 und Erwägungsgrund 28). Zudem wird explizit auf die Wichtigkeit einer systematischen Einbeziehung der Sozialpartner sowohl für eine erfolgreiche Umsetzung des Aufbau- und Resilienzplans als auch für andere wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen hingewiesen (LSPE Erwägungsgrund 25).

Die im Länderbericht eingemahnte Stärkung der Kapazitäten von SOLVIT für einen funktionierenden Binnenmarkt ist eine langjährige Forderung der WKÖ. Ebenso werden die bereits aus den Vorjahren bekannte Kritikpunkte wie eine Reform des Fiskalföderalismus, die hohe Belastung des Faktors Arbeit im österreichischen Steuersystem sowie bessere Arbeitsmarktergebnisse für Niedrigqualifizierte, Ältere und Migranten thematisiert.

Die Frage der Nachhaltigkeit des Pensionssystems wird zwar im Länderbericht und auch im Erwägungsgrund 21 der LSPE erwähnt, hätte aber aus Sicht der WKÖ deutlicher angesprochen werden müssen.

---

<sup>1</sup>IT-Qualifikationen für die österreichische Wirtschaft“, IWI-Studie 02/2020, WKO

---

## Engagement der WKÖ

Die WKÖ hat sich bereits im Vorfeld laufend aktiv in den Prozess eingebracht, u.a. durch:

- Teilnahme an der **interministeriellen Koordinierung des BKA** und WKÖ-Input für das österreichische **Nationale Reformprogramm**
- Gemeinsamer **Beitrag der österreichischen Sozialpartner** zum nationalen Reformprogramm
- **Sozialpartnerpaket zur Kinderbetreuung**
- Fachlicher Austausch mit der **Europäischen Kommission** zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen Österreichs
- Teilnahme an Veranstaltungen und Dialog mit den **European Semester Officers** der EK-Vertretung in Österreich
- Übermittlung von **WKÖ-Positionierungen und Forderungen** an die Europäische Kommission

- Input an die Europäische Kommission via **SMEunited** als Europäischen Sozialpartner, u.a. an Kommissar Schmit und im Rahmen des Makroökonomischen Dialogs sowie an den Europäischen Rat beim Tripartiten Sozialgipfel am 24. März 2022
  - Inhaltliche Beiträge zum **österreichischen Aufbau- und Resilienzplan**
  - WKÖ-Mitwirkung im **SMILES-Projekt** der Europäischen Kommission als Projektpartner von SMEunited für eine bessere Einbeziehung von KMU-Interessen in das Europäische Semester
- 



- **Feedbackrunde** der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich mit den Sozialpartnern **am 25. Mai 2022**
  - **Prüfung und Annahme** der Länderspezifischen Empfehlungen im **Rat der EU** beim Rat Beschäftigung und Soziales am **16. Juni** und Rat Wirtschaft und Finanzen am **17. Juni 2022**
  - **Billigung** der Länderspezifischen Empfehlungen durch den **Europäischen Rat am 23./24. Juni 2022**
  - **Vorschläge** der Europäischen Kommission zur **Reform des Europäischen Economic Governance Rahmens im Herbst 2022**
-